

Nachdem der Bericht der sogenannten Schäfer-Kommission gravierende Fehler und Mängel bei der Verfolgung der drei untergetauchten Rechtsterroristen nachweist, sieht der LINKE-Fraktionsvorsitzende, Bodo Ramelow, den Untersuchungsausschuss des Parlamentes in der Pflicht, offen gebliebene Fragen mit allem Nachdruck aufzuklären.

„Um die Motive derjenigen aufzudecken, die ihrer Arbeit nicht nachgegangen sind, und die Ursachen für das Versagen der Sicherheitsbehörden aufzuklären, ist es unabdingbar, die Gründung und Herausbildung neonazistischer militanter Strukturen in Thüringen, wie dem ‚Thüringer Heimatschutz‘, und das Mitwirken des Landesamtes für den Verfassungsschutz zu untersuchen. Ebenso bleibt immer noch offen, ob Geheimdienste anderer Länder oder des Bundes ihre Finger mit im Spiel hatten“, so Bodo Ramelow.

Die Schäfer-Kommission hatte ein desaströses Bild des Verfassungsschutzes gezeichnet und dieses unter anderem mit dem immanenten Ziel des Schutzes der Quellen und des Informationszuganges von Geheimdiensten versucht zu begründen.

„Die Tatsache, dass der Verfassungsschutz Neonazis mehrfach vor polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen und später auch die Familie eines der Untergetauchten vor polizeilichen Überwachungsmaßnahmen gewarnt hat, stellt die Frage auch eines strafrechtlichen Verhaltens der Beteiligten, das nicht mit Unfähigkeit begründet werden kann, sondern aktives Handeln voraussetzt. In diesem Zusammenhang stellt sich dringend die Frage nach den Gründen dafür sowie nach der Rolle der Aufsichtsbehörden und der politischen Einschätzung der tatsächlichen Gefährdungslage im Innenministerium“, sagte Martina Renner.

Die Innenpolitikerin der Linksfraktion warnte davor, die strukturellen und handwerklichen Defizite nunmehr zum Ausgangspunkt dafür zu machen, Geheimdienst und Polizei

Desaströser Verfassungsschutz

Offene Fragen aus Schäfer-Bericht nachdrücklich aufklären

enger zu verzahnen. „Die Fehler auf Seiten der Polizei, insbesondere des Landeskriminalamtes (LKA), dürfen nun nicht dazu führen, der Polizei einen Geheimdienst zur Seite zu stellen, der ohne Kontrolle und ohne tatsächlichen Anlass in Grundrechte eingreifen darf. Vielmehr ist offenbar geworden, dass, wenn das LKA das erlernte Handwerk richtig angewandt hätte, wahrscheinlich eine unbeschreibliche Mordserie hätte von Anfang an verhindert werden können“, so Bodo Ramelow.

Die Frage der Gefahreinschätzung neonazistischer Strukturen sowie deren Verankerung und Wirken müsse künftig einer wissenschaftlichen Einrichtung überlassen bleiben,

ohne die Befugnis, zu spitzeln oder abzufragen und sich zwielichtiger Informanten zu bedienen.

V-Leute hätten deutlich gezeigt, dass sie letztlich nur ihre eigenen Ziele verfolgen und regelmäßig mit ihrer Informantentätigkeit die eigentlich zu überwachende Struktur stärken. Auf Seiten der Polizei sei zu hinterfragen, ob eine fehlende Sensibilisierung für die Gefahren des Neonazismus zu diesem Fehlverhalten führte und die Ursachen hierfür heute abgestellt sind.

www.die-linke-thl.de/nc/politik/aktuell/post/2012/05/15/bereich-der-schaefer-kommission/

Auf großes öffentliches Interesse war die Pressekonferenz zur Vorstellung des Buches „Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal“ mit dem Herausgeber und Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow gestoßen.



Das in relativ kurzer Zeit entstandene Buch sei auch deshalb so wichtig, weil trotz dreier Untersuchungsausschüsse und verschiedener Kommissionen der öffentliche Eindruck bestehe, dass es bei der Aufklärung des Nazi-Terrors „nicht so richtig vorwärts geht“, sagte Kerstin Köditz, Mitglied des Sächsischen Landtages für DIE LINKE und Obfrau ihrer Fraktion im dortigen NSU-Untersuchungsausschuss, beim Pressegespräch. Martina Renner, für die LINKE stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag, kritisierte vor allem die Extremismusdoktrin – „die Behörden haben das Problem eher bei der gesellschaftlichen Linken als bei den Neonazis gesucht“.

KURZ UND PRÄGNANT

Sozialwirtschaft

Nach dem jetzt vorgelegten ersten Thüringer Sozialwirtschaftsbericht fließen von einem in der Sozialwirtschaft investierten Euro 39 Cent über Steuern und Sozialabgaben wieder direkt in die öffentliche Hand zurück. Etwa zwei Milliarden Euro werden hier jährlich erwirtschaftet. „Es ist also völlig verfehlt, diesen Bereich einer permanenten Sparpolitik zu unterwerfen“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion Matthias Bärwolff.

Berufsverbotspraxis

„Dass eine Liste mit zweifelhaften Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 1989/1990 noch heute in Thüringen Maßstab zur Beurteilung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst ist, zeigt deutlich, dass im verantwortlichen Innenministerium offensichtlich die Denkkategorien des Kalten Krieges noch nicht abgelegt werden konnten“, resümierte Martina Renner, Innenpolitikerin der Linksfraktion, die Antwort der Landesregierung auf ihre parlamentarische Anfrage.

Steuerschätzung

Nach der guten Mai-Steuer-schätzung forderte der Finanzpolitiker der Linksfraktion, Mike Huster, die Landesregierung müsse ihre einseitige Kürz- und Streichpolitik aufgeben und politische Gestaltung vor allem bei den Kommunen wieder zulassen. Auch müsse die Haushaltssperre sofort wieder aufgehoben werden. „Das Zurückhalten von Geld macht keinen Sinn, wenn der Finanzminister mit 96 Millionen Euro mehr in der Kasse rechnet.“

Pressemitteilungen der LINKE-Fraktion: <http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/>

NACHRICHTEN

Einladung Anhörung

Die Linksfraktion legte im März 2012 dem Thüringer Landtag einen Gesetzentwurf zur Auflösung des Landesamtes für den Verfassungsschutz und zur Errichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie in Thüringen vor. Eine Landtagsmehrheit aus CDU und SPD hat es aber verweigert, den Gesetzentwurf im Ausschuss mit Sachverständigen weiter zu beraten. Die Fraktion DIE LINKE lädt daher zu einer öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf und zur Diskussion zu der Frage „Wieviel und welchen Schutz brauchen in der Verfassung verankerte Grund- und Menschenrechte?“ am 8. Juni (10 bis 16 Uhr) in Erfurt, Haus Dacheröden, ein. Mehr dazu: www.die-linke-thl.de/nc/termine/aktuell



Geschichte des Hauses

Vom 9. bis 11. Mai 1942 fanden die ersten Deportationen Thüringer Juden statt. Nur wenige überlebten. Die Deportationen wurden im Judenreferat der Gestapo geplant, die ihren Dienst von 1939/40 bis 1945 in den Räumen des heutigen Abgeordnetenhauses des Thüringer Landtags in der Arnstädter Straße (damals Hindenburgstraße 7) hatte.

Dass der Landtag sich mit der Aufarbeitung der Geschichte intensiv beschäftigte und eine ehemalige Haftzelle (s.Foto) der Öffentlichkeit zugänglich macht, hat der LINKE Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow ausdrücklich begrüßt. „Die Erinnerung an die Geschichte des Hauses als früheres Gestapo-Hauptquartier ist ein unverzichtbarer Bestandteil, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.“

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Landtags finden vom 20. bis 22. Juni und – kurz vor der parlamentarischen Sommerpause – vom 18. bis 20. Juli statt.

Tag der offenen Tür:

Der Thüringer Landtag lädt zu einem Tag der offenen Tür ein am Samstag, den 9. Juni. Die Linksfraktion ist wieder mit einem vielfältigen Informations- und Gesprächsangebot – am Infostand vor dem Haupteingang zum Landtag und beim Bühnenprogramm – dabei. Den Fraktionssitzungsraum funktioniert sie wieder zu einem Café um.

www.die-linke-thl.de